

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Neumeyer, Kurstraße 50, in Leipzig: Heinrich Hübnert, in Altona: Daakenstein u. Vogler, in Hamburg: J. Tüschke und J. Schöneberg.

Danziger Zeitung.

(W. A. B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Weimar, 10. September. In der heutigen Sitzung des volkswirtschaftlichen Congresses lud Garnier-Pagès im Namen des internationalen Congresses den volkswirtschaftlichen Congress nach Brüssel ein. Derselbe sprach unter Beifall der Versammlung gegen die stehende Heere, gegen den Krieg und für Verbrüderung der Völker durch friedlichen und wissenschaftlichen Wettstreit; es wurde ihm der Dank des Congresses votirt. Ein Antrag, der sich gegen den mecklenburgischen Grenzzoll erklärte, wurde angenommen.

Weimar, 10. September. In der heutigen Sitzung des volkswirtschaftlichen Congresses wurde der Antrag Kolb's auf Verwandlung der stehenden Heere in Volksheere angenommen, dagegen der Gegenantrag Lette's auf Verweisung an die Deputation abgelehnt. In die neue ständige Deputation wurden gewählt Braun, Lette, Schulze, Faucher, Wirth, Böhmert.

Copenhagen, 9. Septbr. „Fädrelandet“ theilt mit, daß, dem Vernehmen nach, die Königin Victoria beim Prinzen Christian von Dänemark officiell um die Hand der Princess Alexandra für den Prinzen von Wales angehalten habe.

Warschau, 10. Septbr. Auf Befehl des Großfürsten Konstantin ist der Kriegszustand im Gouvernement Radom, mit Ausnahme der Städte Radom und Kielce, aufgehoben worden.

Paris, 10. Septbr. Nach Berichten aus Madrid vom gestrigen Tage dementirt die „Correspondencia“ die Behauptungen der „France“ und des „Pays“ bezüglich der Haltung Spaniens in der mexikanischen Angelegenheit.

London, 10. September. Der Dampfer „Hansa“ brachte weitere Nachrichten aus Newyork vom 30. v. M. Nach denselben hatten die Conöderirten den obren Potomac noch nicht erreicht, wurden aber erwartet. Wegen der Sicherheit Washingtons hegte man keine Befürchtungen. Im Westen Marylands herrschte Aufregung, weil man Seitens der Conöderirten daselbst Verheerungen fürchtete. Der Sonderbunds-general Ewell war im Rücken Pope's angelangt und hatte das linke Ufer des Occoquan besetzt.

Turin, 9. September. Nach der „Italia“ haben die Truppen bei der Affaire von Aspromonte 5 Tode und 25 Verwundete gehabt. Die Zahl der Verwundeten bei den Garibaldianern belief sich auf 20; die der Todten ist nicht bekannt.

Belgrad, 10. Septbr. Die Schlussergebnisse der in Constantinopel stattgefundenen Conferenzen sind hier auf telegraphischem Wege bekannt geworden. Die Türken geben die Festungen Sotol und Uscizza auf, behalten die Donaufestungen, besetzen aber nur die Festungen in Belgrad. Die türkischen Einwohner verlassen mit Entschädigung die Stadt. Der Festungsrayon wird erweitert; die Feststellung der Entschädigungssumme für die bis jetzt im Festungsrayon Wohnenden wird den streitenden Parteien überlassen. Die Kriegsausichten sind geschwunden, die Stimmung ist eine ruhige.

Triest, 10. Septbr. Der fällige Lloyd-Dampfer ist mit der Ueberlandpost aus Alexandrien eingetroffen.

Ein Schreiben des Abgeordneten für Goldap.

Kurz vor Beginn der wichtigen Verhandlungen, welche für lange Zeit über den Werth unserer Verfassung und über die Befähigung der Landesvertretung, die in derselben enthaltenen Rechte zu wahren, entscheidend sein werden, hat ein allgemein geachteter Mann unserer Provinz, Herr v. Sauten-Julienfeld, ein Schreiben an seine Wähler*) gerichtet, in welchem er seine Stellung zur Militärfrage auseinandersetzt.

Von vorn herein müssen wir sagen, daß wir dieses Schreiben mit schmerzlichen Erstaunen gelesen haben. Wir hätten es nicht für möglich gehalten, daß ein Mann, der Jahre lang derselben Sache seine Kraft gewidmet, die Volk und Vertreter jetzt in der entscheidenden Stunde nicht verlassen wollen, über die eigentliche Stimmung des Landes, über seine Entschlüsse und die Gründe für dieselben so wenig der Wirklichkeit entsprechende Anschauungen hat. Um so dringender Veranlassung haben wir, dieses Schreiben und seinen wesentlichen Inhalt unsern Lesern vorzuführen.

Herr v. Sauten giebt zu, daß die gegenwärtige Volkstimmung der seinigen, so wie derjenigen seiner parlamentarischen Freunde (insbesondere des Herrn v. Vinke) entgegen-gesetzt ist. So nothwendig nach seiner Meinung auch eine sorgfältige Berücksichtigung der öffentlichen Meinung ist, so darf diese in ihren oft sehr schnell wechselnden Gestalten keineswegs zur unbedingten Herrschaft gebracht werden. „Wie steht es — sagt Herr v. Sauten wörtlich — mit der angelichen Stimmung des Landes, die man uns jetzt als absolute Gebieterin gegenüberstellt? Vor einigen Monaten forderte die Stimmung des Landes den Wegfall des 25% Zuschlages; sei der gewährt, dann sollte die Reorganisation der Armee aufrecht erhalten werden. Dann verlangte die Stimmung des Landes als *conditio sine qua non* die zweijährige Dienstzeit, oder ein Herabgehen in der Budget-Bewilligung, wodurch diese factisch nothwendig gemacht würde. Jetzt sind das überwundene Standpunkte und die Stimme des Landes will von nichts Anderem hören, als von einem Zurückschrauben der Heeresverfassung auf den Standpunkt vom Jahre 1859, als den einzigen berechtigten und gesetlichen.“

Wir glauben, die bloße Aufzählung dieser eigenen Worte des Herrn v. Sauten reicht vollkommen hin, um aufs Schlagendste erkennen zu lassen, daß der verehrte Abgeordnete dem öffentlichen Leben zumal in seiner Heimathprovinz in den letzten Jahren um sehr vieles ferner gestanden haben muß als

früher, sonst würde er sich ein solches Bild von der Meinung seiner Mitbürger nimmermehr haben entwerfen können.

Wo hat sich vor einigen Monaten die Stimmung des Landes geäußert, nach welcher die Reorganisation der Armee gegen Wegfall des 25% Zuschlages aufrecht erhalten werden sollte? Wenn nicht in der Fraction Vinke, wir wüßten nicht, wo anders.

Der Kernpunkt der bewegenden Frage ist nach der „allgemeinen Stimme“ einfach der: das Land will von nichts Anderem hören als von einer Reorganisation der Armee, die mit dem Landtage vereinbart ist; es will nichts davon wissen, daß die Regierung neue Ausgaben ohne die Genehmigung des Landtags macht. Die Frage, ob zweijährige Dienstzeit, ob nicht, steht bei dem gegenwärtigen Stande der Angelegenheit in zweiter Linie; es handelt sich jetzt vor Allem um das Fundament unseres constitutionellen Lebens, um das Recht des Landtages, bei der Gesetzgebung mitzuwirken, um die Wahrung einer Bestimmung der Verfassung, welcher gemäß — wie eine für Herrn v. Sauten gewiß maßgebende Autorität, Herr v. Vinke, früher geäußert hat — die Minister keinen Groschen ausgeben dürfen, den der Landtag nicht bewilligt hat.

Gewiß, auch Hr. v. Sauten will diese Bestimmung aufrecht erhalten wissen; aber er sagt nicht, mit welchen Mitteln. Wenn man die Verhandlungen seit der Session von 1859/60 wo die Regierung, als sie sah, daß ihre Militärvorlage nicht die Zustimmung des Landtags erhalten würde, einen Credit von 9 1/2 Millionen zur „einstweiligen“ Aufrechterhaltung der Kriegsbereitschaft als Vertrauensvotum forderte und erhielt, bis auf den heutigen Tag durch alle die Langmuth und Nachgiebigkeit des Abgeordnetenhauses hindurch verfolgt, so wird man in der That keinen andern Weg finden, als den des einfachen Zurückziehens auf den Rechtsboden. Welch ein Grund wäre wohl jetzt für die Volksvertretung vorhanden, noch einmal das volle Extraordinarium zu bewilligen, der nicht auch im nächsten und in allen folgenden Jahren geltend gemacht werden könnte. In der That, Jeder, der eine mit dem Landtage vereinbarte Organisation und nicht einen jährlichen Etat für das Militair von 50 Mill. will, der hat kein Mittel als das, welches die Budget-Commissionen gewählt. Daß die Mehrheit des Landes die Heeresverfassung überhaupt auf den Standpunkt von 1859 „zurückschrauben“ will, ist nicht richtig; auch sie will Reformen der Heeresorganisation, aber sie überläßt dafür der Regierung die Initiative. Auf den Stand von 1859 geht sie zurück, weil ihr nichts anderes übrig bleibt, weil sie nur so in eine sichere und unbezwingliche Rechtsposition kommt. Das ist die Meinung des Landes, sie findet die lebhafteste Zustimmung nicht allein in Deutschland, sondern auch überall im Auslande.

Diese Meinung macht sich nicht, wie Hr. v. Sauten sagt, mit leidenschaftlicher Erregung geltend, sondern mit der vollen Ruhe klarer Ueberlegung. Leidenschaftloser und besonnener konnte nie ein Volk einen Kampf aufnehmen, als das preußische Volk denjenigen mit seiner jetzigen Regierung.

Das Angeführte wird ausreichen, um die Stellung des Herrn Abgeordneten für Goldap und seiner politischen Freunde zu charakterisiren. Wir könnten hiermit den Gegenstand verlassen, wenn nicht Herr v. Sauten in seinem Schreiben bei seiner Kritik der öffentlichen Meinung einen Auspruch gethan, welcher mehr als alles Uebrige beweist, wie wenig Berücksichtigung und Achtung er der Ueberzeugung der Mehrheit des Landes zu Theil werden läßt. Herr v. Sauten sagt: „die constitutionelle Partei — so nennt er die kleine Fraction, welcher er angehört — verkennt in keiner Weise die Macht der Volkstimmung und die Berücksichtigung, die ihr gebührt, sie weiß, daß die gewaltige Wirkung der Volkstimmung sich in der Geschichte öfters gezeigt hat, zum Segen und zum Heil des Allgemeinen, wenn sie auf sittlichem moralischem Grunde beruht, zur Verwirrung und zum Verderben, wenn sie, durch Fanatismus geschürt und irre geleitet, zu einem Kampfe drängt, bei dem das sittliche Recht ihr nicht zur Seite stand.“

Allerdings habe die Kammer das Recht zur Ablehnung der Regierungsvorlagen. „Aber — meint Herr von Sauten — wollte jeder der drei gesetzgebenden Factoren das ihm zustehende Recht ohne Rücksicht auf die eben so unzweifelhaften Rechte der beiden andern Factoren bis in seine äußersten Consequenzen zur Ausübung bringen, so würde die Grundbedingung des constitutionellen Lebens verkannt. Es wäre dann der Zeitpunkt eingetreten, wo sich das bestehende Recht als unzulänglich erwiesen hat und wo die Gewalt die entscheidende Rolle übernehmen muß.“ Eben deshalb fehlt einer solchen schroffen und rücksichtslosen Ausübung des Rechts die sittliche Grundlage, denn sie arbeitet der Gewalt — entweder dem Despotismus oder der Revolution in die Hand; und in diesem Falle wird summum jus summa injuria.“

Ist denn wirklich die ganze jüngste Vergangenheit mit all ihren sprechenden Zeugnissen an diesen Herren, die par excellence „für das Staats-Interesse“ zu arbeiten berufen sein wollen, spurlos vorübergegangen? Das Herrenhaus hat von seinem verfassungsmäßigen Recht ohne jegliche Rücksicht vollsten Gebrauch gemacht, als es der Einführung von Reformen galt, die nach der Meinung der Krone und derjenigen der überwiegenden Mehrheit des Landes dringend nothwendig waren; die Krone hat ohne Rücksicht auf die Wünsche von 2/3 der Staatsbürger von ihrem verfassungsmäßigen Rechte bei der Berufung der gegenwärtigen Minister Gebrauch gemacht. Und jetzt, da das Abgeordnetenhaus, welches Jahre lang sich mit Vorstellungen begnügt und sich nachgiebig gezeigt, das erste und wichtigste Recht der Landesvertretung zu wahren entschlossen ist, soll es der „Gewalt“ in die Hand

arbeiten? sollen seine Entschlüsse der „sittlichen Grundlage“ entbehren?

Wir haben bisher nicht geglaubt, daß es sittlich wäre, auf die Ausübung eines Rechtes zu verzichten, wenn man der Ueberzeugung ist, daß mit der Hingabe dieses Rechts die Wohlfahrt des Vaterlandes gefährdet ist. Wir haben vielmehr geglaubt, daß, seitdem die Volksvertretung den Eid auf die Verfassung geleistet, es ihre heiligste Pflicht wäre, die Stimme des Landes geltend zu machen und seine Rechte zu wahren. Die Volksvertretung kann auch Niemanden die Verantwortlichkeit für das Schicksal des Vaterlandes übertragen, sie selbst ist mitverantwortlich, mit ihren Rechten zugleich hat sie ernste Pflichten übernommen. Wer nachgiebt und sich zurückzieht, wo er das Recht und die Pflicht hat zu handeln, dem fehlt die sittliche Grundlage, der verläßt den Boden des sittlichen Rechts, nicht derjenige, welcher seiner Ueberzeugung gemäß sein Recht wahr.

Landtags-Verhandlungen.

18. Sitzung des Herrenhauses am 10. September.

Das Haus nimmt die Vorlagen wegen Abänderung der Gemeinheits-Theilungs-Ordnung fast ohne Debatte an, eben so das Gesetz über die Beförderung gerichtlicher Erlasse durch die Post.

Den Gesetzentwurf wegen des Orts-Briefstellgeldes hat die Commission der Zustimmung des Hauses empfohlen, mit der Maßgabe jedoch, daß die in der Vorlage zum 1. September c. vorgesehene Aufhebung des Orts-Briefstellgeldes mit Publication des Gesetzes eintreten soll, da inzwischen der erste September schon vorüber ist.

Herr v. Meding (gegen den Commissionsantrag) hält im Allgemeinen die Abschaffung des Briefstellgeldes für wünschenswerth, glaubt aber, daß man bei der dermaligen Finanzlage des Landes und der Nothwendigkeit steigender Ausgaben und Abgaben des Staats auf eine immerhin nicht unerhebliche Einnahme, wie die aus dem Briefstellgelde, nicht verzichten könne. Dazu komme aber, daß das Gouvernement des Königs im Besitz der Einnahme bleibe, die es einmal fest habe. Denn wir gingen einer Krisis entgegen, welche die wichtigsten Institutionen des Landes, die Armee und ihre Existenz, gefährde. Deshalb sei gerade in dem jetzigen Augenblick ein Festhalten aller Einnahmen nöthig, wenn auch die Rücksicht erheblich ins Gewicht falle, daß das hohe Haus das Gouvernement möglichst durch unbedingte Annahme aller seiner Vorlagen stützen müsse. Er bitte deswegen, das Gouvernement möge den Gesetzentwurf erst nach einiger Zeit wieder vorlegen. (Bravo.)

Hr. Baumstark: Der Vorredner sei fiscalischer als der Herr Finanzminister, und gouvernementaler als das Gouvernement. Er habe zu diesem Ministerium das Vertrauen, daß es zu der Gesetzesvorlage im volkswirtschaftlichen Interesse und in der Ueberzeugung von deren finanziellen Ungesundheitlichkeit veranlaßt sei. Jede, auch die geringste Erleichterung des Postverkehrs, namentlich des Briefpostes sei stets von einer Vermehrung der Staatseinnahme gefolgt gewesen. — Es habe ihm leid gethan, daß der Vorredner bei dieser nicht politischen, unschuldig finanziellen Frage, die Militärfrage mitberührt habe; er wolle ihm auf dies Gebiet nicht folgen und an dieser Stelle politische Parteien, die nicht mit der des Vorredners übereinstimmen, gegen den ungerechtfertigten Vorwurf in Schutz nehmen, als wollten sie die Armee oder die Staatsregierung gefährden. — Bei einer großen politischen Frage möge die Majorität dieses Hauses, der er bekanntlich nicht angehöre, sich in principiellen Gegensatz zu dem andern Hause setzen, aber sich in einer so unbedeutenden, rein finanziellen, volkswirtschaftlichen Frage in principiellen Widerspruch nicht nur mit dem andern Hause, sondern auch mit der „geliebten“ Staatsregierung setzen, das könne er nicht für großartig, das müsse er für klein halten. Man möge diese Worte nicht von der komischen Seite auffassen, wie die Haltung des Hauses anzudeuten scheine, sonst könne es kommen, daß auch das Komische an der Sache sich geltend mache, und der Sechser den Namen des „Herrenhauses“ im Volke erhalte.

Herr v. Senff-Pilsach tritt den Ausführungen des Herrn v. Meding bei: Er hätte erwartet, daß Herr Baumstark für sein neues Vaterland Preußen so viel Patriotismus haben würde, wie der Herr Minister. Er (Medner) könne den Städten nicht ein Geschenk machen in einer Zeit, wo für die Armee nicht das genügende Geld vorhanden sei. Vor 1848 sei die Finanzlage des Staates eine weit bessere gewesen, als heute, wo man 8 Millionen mehr zur Tilgung der Schulden gebrauche als damals. Aus den Communalsteuern würden viele Ausgaben bestritten, die nicht nothwendig seien. (Medner weist dabei hin auf die Casinos, Schießhäuser, Theater, auf die vielen Feste der Turner, Sänger, die Ausgaben für den Nationalverein u. dgl.) Die königlichen Steuern würden nicht so verwendet. Er wundere sich, daß Herr Baumstark die Städte befreien wolle und das Land nicht, während er ihn doch für einen Vertheidiger der Verfassung halte. — Der Redner geht auf die Armeefrage zurück: man wolle keine ordentliche Armee mehr, sondern unorganische Massen; man wolle keine Cadettenhäuser mehr, die uns vortreffliche Offiziere liefern, man wolle die dreijährige Dienstzeit abschaffen. Er komme so eben aus Frankreich (Heiterkeit); dort seien alle Zeitungen voll von Spott darüber, daß man in Preußen darauf ausgehe, die Armee zu schwächen; die französischen Truppen machten jetzt einen frischen Eindruck. (Der Präsident unterbricht den Redner mit leiser Stimme und bittet ihn, nicht so speciell auf die Militärfrage einzugehen.) Der Redner schließt mit der Erklärung, daß er gegen das Gesetz stimmen werde. — Regier.

*) Abgedruckt in No. 211 der Preuß. Littauischen Ztg.

Commissar Philippshorn empfiehlt die Vorlage aus Zweckmäßigkeitsgründen.

Finanzminister v. d. Heydt: Die Bedenken der Minorität der Commission könne er nicht theilen. Was die Hinweisung auf das Defizit anlangt, so komme in Betracht, daß sich gegenwärtig ein höherer Ueberschuß bereits herausstelle. Die Voranschläge für 1863 seien, wie immer, mit einer solchen Vorsicht gemacht, daß jährlich im gewöhnlichen Laufe der Jahre ein Ueberschuß ergebe seit einer Reihe von Jahren von durchschnittlich etwa 4 Mill. Nach den Grundsätzen, nach denen der Etat für 1863 aufgestellt sei, könne man mit Sicherheit annehmen, daß die Summe, welche für den Militair-Stat in Anspruch genommen würde, ohne erhebliche Anstrengung aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden könne. In dem Etat für 1863 seien neben den Bedürfnissen für die Armee-Organisation, erhöhte Ausgaben für alle Zwecke der Verwaltung vorgesehen und es sei mit Rücksicht auf die allgemeine Finanzlage nicht gerechtfertigt, an sich zweckmäßige Maßregeln zu unterlassen. Noch jüngst seien bei dem französischen Handelsvertrage bedeutende Zollvereinfachungen unter allgemeiner Zustimmung genehmigt, wiewohl Niemand sich verhehlen konnte, daß dadurch bedeutende Einnahme-Ausfälle eintreten würden. Was die große Verwickelung betreffe, auf welche hingewiesen sei, so wolle es ihm scheinen, daß die Schwierigkeiten nicht deshalb leichter zu beseitigen seien, wenn an sich zweckmäßige Maßregeln verhindert würden.

Graf Voß-Buch gegen das Gesetz, weil es nicht zweckmäßig sei, da man den Städten nicht eine Erleichterung gewähren dürfe, die man nicht auch gleichzeitig dem Lande gewähren könne. — Auch Herr v. Kleist-Regow sieht in dem Gesetzentwurfe eine finanzielle Gefahr und eine Ungerechtigkeit gegen das flache Land und stimmt deshalb „mit schwerem Herzen“ gegen denselben. Ebenso Herr v. Waldow: Es sei ja schon vorgekommen, daß ein Finanzminister sich irre, daß ein Gouvernment sich irre, sogar schon, daß ein Professor der Nationalökonomie sich irre. Und in diesem Falle befinden sich auch Herr Baumstark. Auch die Ausführungen des Regierungs-Commissars seien nicht geeignet, die tatsächliche Ungleichmäßigkeit der Besteuerung zwischen Stadt und Land wegzubehalten. Wenn Preußen sich auch in dieser Frage einmal isolire, würde er das nicht für ein so großes Unglück ansehen. Mit Freuden habe er heute von dem Finanzminister gehört, daß unsere Finanzen sich in einem so blühenden Zustande befinden und neue Abgaben nicht erforderlich sein würden. Er werde sich erlauben, den Herrn Minister an dieses Versprechen zu erinnern, wenn wieder neue Steuervorlagen an das Haus kommen sollten, wenn er auch nicht glaube, daß dies sehr viel helfen würde, denn heute sage man, es sei Geld im Ueberflusse vorhanden, morgen könne es wieder fehlen. — Bei der Specialdiscussion über den § 1 wiederholt Herr v. Meding, daß er die Vorlage aus finanziellen und politischen Gründen nicht für zeitgemäß halte; aber die Lage sei jetzt anders, als damals, wo die Regierung die Vorlage eingebracht habe; die Regierung könne in die Lage kommen, ohne Budget zu regieren; da müsse sie sich die vorhandenen Einnahmequellen erhalten, weil sie sich neue dann nicht schaffen könne. (Lebhafte Zustimmung von Herrn v. Kleist-Regow und einigen andern Mitgliedern.)

Die Abstimmung über § 1 ist zweifelhaft; bei Namensaufruf wird derselbe mit 32 gegen 30 Stimmen angenommen. Der § 2 wird ohne Discussion angenommen; ebenso das ganze Gesetz.

Volkswirtschaftlicher Congress zu Weimar. (Sigung vom 9. September.)

Den ersten Gegenstand der heutigen Tagesordnung bildet der Antrag des Eisenbahn-Directors Lehmann aus Ologau wegen Abschließung eines Handels- und Schiffsahrtsvertrages mit den Niederlanden (Nr. 2 der in der gestr. Nr. mitgetheilten Anträge). Der Antragsteller begründet den Antrag in längerer Rede. Willing aus München verwahrt sich mit Bezug auf die gestrigen Ausführungen des Herrn von Kerstorf gegen die Annahme, daß das bayerische Volk mit dem preussisch-französischen Handelsvertrage nicht einverstanden sei. Die Frage sei in Baiern noch sehr unvollständig discutirt, die darüber gehörten gewerblichen Corporationen seien in ihrer Zusammensetzung und bei ihrer Versaffung nicht der Ausdruck der Volksmeinung und der Mehrzahl der Industriellen. Er müsse es entschieden betonen, daß man außerhalb Baierns ja nicht glauben möge, die Mehrheit des bayerischen Volkes bestände sich mit der Regierung in Bezug auf den erfolgten Protest gegen den Vertrag in Uebereinstimmung. (Lebhaftes Bravo.)

Der Lehmann'sche Antrag findet bei der Abstimmung die Zustimmung der Versammlung. Der Abstimmung enthalten sich: von Kerstorf, von Czörnig, Arenz (Prag), Bask (Wien). Zum zweiten Gegenstand der heutigen Tages-Ordnung, die Reform der Zollvereinsverfassung betreffend, erstattete Präsident Braun den Bericht. Von der Nothwendigkeit einer formellen Organisation und der darin liegenden formellen Garantie der für das Zollwesen geschaffenen und zu schaffenden Einrichtungen ging Redner zur Erörterung der Hindernisse einer dauernden Zollvereinigung über, als solche zuerst das liberum veto der einzelnen Zollvereinsmitglieder bezeichnend. Zur Beseitigung dessen empfiehlt Redner ein aus unmittelbaren Wahlen hervorgehendes Zollparlament. Dies werde durch die gegenwärtigen Zollvertretungen nicht ersetzt. Diese hätten in Fragen dieser Art nur das Recht, ein bloß Ja oder Nein zu sagen, oder nicht einmal das Letztere; denn eigentlich habe die Zollvertretung in solchen Fragen nur Resignation zu üben, womit allerdings die größte deutsche Zollvertretung, die preussische, durch unveränderte Annahme des Entwurfes zum Handelsgesetzbuch vorangegangen sei. Hierdurch gehe der Zollvertretung jede tatsächliche Mitwirkung verloren, und deshalb sei für die gemeinschaftlichen Interessen ein gemeinschaftliches Organ zu schaffen. Die gegenwärtige Organisation des Zollvereins beruhe auf dem Grundsatz einer unauflösbaren Stagnation, die nur alle 12 Jahre durch eine Krisis auf Leben und Tod unterbrochen werde; dieser Zustand sei unerträglich nach Außen und Innen. Die Abhilfe sei durch das Zollparlament zu schaffen.

Nach diesen Ausführungen empfiehlt Redner folgenden Antrag: „Der Congress deutscher Volkswirthe spricht sich dahin aus, daß das einzige Mittel, einer periodischen Wiederkehr solcher handelspolitischen Krisen, wie die gegenwärtige, vorzubeugen und die gedeihliche Entwicklung unserer volkswirtschaftlichen Angelegenheiten zu sichern, darin besteht, daß für die gemeinsamen volkswirtschaftlichen Angelegenheiten neben einer einheitlichen Executive und einer auf Majoritätsbeschlüssen beruhenden Vertheilung aller Zollvereinsregierungen eine aus der Wahl der Bevölkerung des gemeinsamen

Zollgebiets hervorgehende Volksvertretung alsbald und noch vor Ablauf der gegenwärtigen Zollvereinsverträge in das Leben trete.“

Dr. Wolff aus Stettin gegen den Commissionsantrag: Die Frucht der Zollvereinsverfassungsreform sei noch unreif und könne es vorerst bei der gegenwärtigen Einrichtung bewenden, damit zu dem Streit über den französisch-deutschen Handelsvertrag nicht noch der den Gegnern willkommenen Bank über die Organisation heraufbeschworen werde. Zudem sei Stabilität mehr ein Vorzug als eine Gefahr der Zollgesetzgebung, namentlich in Bezug auf den Tarif. Die Frage des Zollparlaments sei nichts als die deutsche Frage in einer bestimmten Gestalt, aber ebenso schwer lösbar wie diese, und für das deutsche Parlament beste das Zollparlament keinen wesentlichen Ersatz, da es demselben an dem Hauptmittel seiner Geltendmachung, d. h. dem Geldbewilligungsrecht, fehle.

Fries aus Weimar: Der Beruf des Congresses könne nur sein, in einzelnen bestimmten Sätzen zu formuliren, was er zur Zeit für die Verfassungsfrage nothwendig erachte. Er beantrage, daß der Congress ausspreche, der Zollverein könne nur fortbestehen, wenn das liberum veto der einzelnen Zollvereinsregierungen und das, wenn auch nur auf dem Papier stehende liberum veto der einzelnen Landesvertretungen gebrochen werde. Dies könne nur geschehen durch Einführung einer gemeinschaftlichen Volksvertretung, gleichviel ob dieselbe bloß für Zollfragen oder für politische Angelegenheiten bestünde. (Bravo!)

v. Rönne (Solingen): Der Zollverein genüge weder in Bezug auf die Form noch auf den Inhalt, hauptsächlich darum, weil er aus souveränen Staaten bestehe. Der Redner weist besonders darauf hin, daß das Gebiet eines Handelsvereins in seinem Umfange nothwendig stabil sein müsse. Dies sei jedoch bei der gegenwärtigen Verfassung nicht der Fall. Er tröstet sich jedoch damit, daß eine Wiederaufrichtung der Schlagbäume im Innern unmöglich, da hiermit das Signal zur Revolution gegeben würde. (Bravo!) In Bezug auf den Inhalt trete das Ungenügende der jetzigen Verfassung jeden Augenblick hervor, da alle nicht speciell auf Zollfragen sich beziehenden Angelegenheiten, z. B. Post-, Telegraphenfragen stets erst durch besondere Verträge zu regeln seien. Demnachgedacht werde durch ein gesondertes Zollparlament nichts erreicht. Diesem werde die vor Allem nothwendige Anerkennung nach Außen fehlen. Die Einigung zum Bundesstaate an der Stelle des Staatenbundes dürfe auch formell nicht bloß die handelspolitischen Angelegenheiten umfassen. Auch würden schwerlich die Regierungen sich zu einer solchen Einigung drängen lassen. (Bravo!) Der Redner schließt mit Uebereinstimmung des Antrags auf motivirte Tagesordnung.

Prof. Biedermann aus Weimar: Nur durch die freie, öffentliche parlamentarische Discussion komme das wahre, dauernde Interesse der großen Mehrheit der Nation zur Geltung; bei bloß bureaukratischer Verwaltung gewannen leicht einseitige, künstliche Interessen die Oberhand. Welche handelspolitische Partei daher Vertrauen zu ihrer Sache habe, müsse für parlamentarische Verfassung sein. Auch er sei der Ansicht, daß der politische Bundesstaat wünschenswerther wäre, glaube auch, daß, wenn man die Errichtung eines solchen zur Bedingung der Fortdauer der wirtschaftlichen Einheit machte, die Macht der wirtschaftlichen Interessen den Ausschlag dafür geben würde. Einem dahingehenden positiven Antrag würde er beistimmen, nicht aber einer negativen Tagesordnung, welche die preussische Regierung in dem Mangel einer kräftigen nationalen Initiative bestärken möchte.

Inzwischen geht folgender, von Braun und Wigger's unterzeichneter Antrag ein: „Zur Vermeidung solcher handelspolitischen Krisen, wie die gegenwärtige, und zur Sicherung einer gedeihlichen Entwicklung unserer materiellen Verhältnisse ist die alsbaldige Errichtung einer gemeinsamen Centralbehörde und Volksvertretung auch für die volkswirtschaftlichen Angelegenheiten geboten.“

Bei der Abstimmung wird der Braun-Wiggers'sche Antrag mit großer Majorität angenommen.

Deutschland.

+ Berlin, 10. September. Die deutsche Fortschrittspartei hat in ihrer gestrigen Fraktionsversammlung sich ohne Debatte einstimmig für die Anträge der Budgetcommission in der Militairfrage erklärt; es waren etwa 80—90 Mitglieder anwesend, so daß noch eine ziemlich große Zahl fehlte. Heute Abend halten die beiden großen liberalen Fraktionen noch eine letzte, den Gang der Verhandlungen betreffende Besprechung.

Nach den bisherigen Berechnungen glaubt man in Abgeordnetenkreisen, daß die Majorität für die Budgetcommission gegen 280 Stimmen betragen wird, — eine Zahl, welche sich aus den Mitgliedern der beiden großen liberalen Fraktionen, so wie der katholischen und polnischen Fraction zusammensetzt. Für die unveränderte Bewilligung des Etats der Regierung werden voraussichtlich nur die 10 Conservativen stimmen. Ob die Fraktionen Rönne und Vinke für unverkürzte Bewilligung der Reorganisationskosten im Extraordinarium stimmen, oder sich den Vermittelungsvorschlägen der Abgeordneten Westren, Stavenhagen und v. Sybel anschließen werden, steht noch dahin. — Ueber die Erklärung, welche man bei der Generaldiscussion von dem Staatsministerium erwartet, ist etwas Bestimmtes noch nicht bekannt; es ist sogar die Ansicht verbreitet, die Erklärung stünde noch nicht einmal fest und werde erst nach der Rückkehr des Königs festgestellt werden. Der Umstand, daß in Abgeordnetenkreisen bis jetzt sowohl über das Ob, als über das Wie einer solchen höchst wichtigen Entscheidung des Ministeriums jede Kenntniß fehlt, kennzeichnet auf das Schärfste die Lage der Dinge nach der parlamentarischen Seite.

Der „R. Z.“ wird von hier von zuverlässiger Seite unsere gestrige Depesche bestätigt. Es heißt in dem Schreiben: Es wird als gewiß angenommen, daß die Fraction Bodum-Dolfs mit Ausnahme von zwei Mitgliedern (Stavenhagen und v. Sybel) für die Anträge der Budget-Commission stimmen wird. Was die deutsche Fortschrittspartei angeht, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß dieselben allein stehen wird. Danach wäre die Majorität des Hauses vollständig gesichert. Die Partei des Centrums soll, wie es heißt, nicht ganz einig sein; man meint, daß sechs bis acht ihrer Mitglieder gegen die Ostrath'sche Ansicht, d. h. die der Majorität der Budget-Commission, sein werden; die übrigen würden mit der Majorität gehen. Eine weitere Verstärkung trete durch die Polen ein. Danach würde die Majorität 260—280 Stimmen betragen.

Magdeburg, 9. September. Heute Nachmittag traf ein Extrazug mit über 1000 Mann Kerservisten der am Rhein stehenden Regimenter von Minden hier ein. Dieselben erhielten hier Quartier und setzen morgen ihre Reise über Berlin nach Königsberg und Danzig fort, um dort in ihrer Heimath entlassen zu werden.

England.

— Die preussische Schrauben-Corvette „Gazelle“, welche Se. Kgl. Hoheit den Prinzen Adalbert von Preußen an Bord hatte, kam am Sonnabend Morgen von Drest und Portland aus zu Spithead an. Zu Portland hatte der Prinz das Schiff „Warrior“ besichtigt und zu Spithead stattete er der eisernen Fregatte „Resistance“ einen Besuch ab. Von Spithead begab sich Se. Königliche Hoheit nach London. Die „Gazelle“ segelt heute nach den sogenannten Downs (Dünen, südlich von der Themse-Mündung), wo sich Prinz Adalbert zur directen Fahrt nach Danzig einschiffen wird.

Frankreich.

Paris, 8. Sept. Die France bringt heute den zweiten Brief des Vicomte de Lagueronniere. Er sucht darin zu beweisen, daß die Einheit Italiens gegen das Interesse Frankreichs sei. Er schlägt einen Fürsten-Congress zur Lösung der Frage vor.

Italien.

— Garibaldi hat an das Movimento folgende Erklärung gesandt:

An Bord des Duca di Genova, 1. September.

Sie dürsteten nach Blut und ich wollte es sparen, sie, nicht der arme Soldat, der gehorcht, sondern die Männer der Coterie, die der Revolution nicht verzeihen können, daß sie die Revolution ist (was ihre conservative Verdaulichkeit) und daß sie ebenfalls zur Constituirung unserer italienischen Familie etwas beigetragen hat. Ja, sie dürsteten nach Blut, und ich bemerkte es mit Schmerzen und gab mir daher alle Mühe, um zu verhüten, daß das unseres Augereifers vergossen werde.

Ich lief unsere Front entlang und rief, man möge nicht schießen, und vom linken Centrum, wo meine Stimme und die meines Adjutanten gehört werden konnte, fiel nicht ein einziger Schuß. So war es nicht von Seiten der Angreifer der Fall. Auf 200 Meter Entfernung begannen sie ein höllisches Feuer, und die mir gegenüber befindlichen Bersagliere richteten ihre Schüsse gegen mich und trafen mich mit zwei Kugeln, die eine im Schenkel, was unbedeutend ist, und eine im Fußknöchel, die eine schwere Wunde hervorbrachte.

Da alles dies beim Beginn des Kampfes geschah und ich verwundet nach dem Gebüsch getragen worden, so konnte ich nichts mehr sehen, indem ein dichtes Gedränge sich um mich bildete, während man mich verband. Ich kann aber mit gutem Gewissen bezeugen, daß bis zum Ende der Linie, wohin meine Stimme und die meines Adjutanten reichte, kein einziger Schuß fiel. Da man von unserer Seite nicht feuerte, so war es den Truppen leicht, sich zu nähern und sich unter die Unrigen zu mischen. Und da man mir sagte, sie versuchten es, uns zu entwandern, erwiderte ich, man möge vielmehr sie entwandern. Jedoch waren meine Gefährten so wenig feindlich gestimmt, daß ich in dem Gedränge nur einige wenige Offiziere und Soldaten entwandern lassen konnte. So ging es aber nicht auf unserem rechten Flügel. Die Picciotti, von den regulären Truppen angegriffen, erwiderten mit einer Salve auf der ganzen Linie; obgleich die Trompeten das Zeichen gaben, das Feuer einzustellen, entspann sich ein scharfes Kleingewehrfeuer, das indeß auch nicht länger als eine Viertelstunde dauerte.

Meine Verwundung veranlaßte einige Verwirrung in unserer Linie. Unsere Soldaten, die mich nicht sahen, begannen sich in das Gebüsch zurückzuziehen, so daß allmählig die mich umgebende Menge sich zerstreute und nur meine Getreuesten bei mir zurückblieben. In diesem Augenblicke hörte ich, daß mein Stab und der Oberst Pallavicino über folgende Bedingungen unterhandelten:

1) Daß es mir mit meinem Stabe gestattet sei, mich frei zurückzuziehen, wohin ich wollte (ich antwortete, auf ein englisches Schiff); 2) daß unsere übrigen Gefährten, sobald sie an der Küste angekommen seien, in Freiheit gesetzt werden sollten.

Der Oberst Pallavicino hat sich in allen militärischen Bewegungen als tapferer und intelligenter Leiter benommen, und er hat es weder gegen mich noch gegen meine Leute an Rücksichten und Höflichkeit fehlen lassen. Er drückte seinen Schmerz darüber aus, italienisches Blut vergießen zu müssen, aber er hatte peremptorische Befehle erhalten und mußte gehorchen. Meine Anordnungen waren rein defensiver Natur, und ich hatte gepostet, einen Conflict vermeiden zu können, unter Berücksichtigung unserer festen Stellung und in der Hoffnung, daß die regulären Truppen weniger blutige Ordres hätten. Wäre ich nicht gleich Anfangs verwundet worden, und hätten nicht meine Leute unter allen Umständen den Befehl erhalten, stets jeden Zusammenstoß mit den Truppen zu vermeiden, so hätte der Kampf unter Männern desselben Volkes schrecklich werden können. Indes es ist besser so. Was auch der Ausgang meiner Verwundung sein, welches Loos mir die Regierung vorbehalten haben mag, ich habe das Bewußtsein, meine Pflicht gethan zu haben, und das Opfer meines Lebens ist gering, wenn es dazu beigetragen, das einer guten Anzahl meiner Mitbürger zu erhalten.

Bei der gewagten Unternehmung, in die ich und meine Gefährten uns gestürzt hatten, hoffte ich nichts Gutes von der Regierung Ratazzi. Aber warum hätte ich nicht weniger Strenge von Seiten des Königs hoffen sollen, da ich in Nichts das alte Programm geändert hatte und entschlossen war, es in Nichts zu ändern? Was mich am meisten betrübte, ist dieses verhängnißvolle Mißtrauen, das nicht wenig dazu beiträgt, das Werk der italienischen Einheit unvollendet zu lassen.

Wie es auch sein mag, auch dieses Mal stelle ich mich vor Italien mit aufgerichteter Stirn, gewiß, meine Pflicht gethan zu haben. Auch dieses Mal ist mein Leben, auf das am Ende wenig ankommt, und das viel werthvollere von so vielen hochherzigen jungen Leuten der heiligsten Sache als Opfer geboten worden, rein von jedem individuellen Interesse.

G. Garibaldi.

— Der zu Genua erscheinende „Stendardo Cattolico“ wurde wegen Abdrucks von Ansprachen, die Garibaldi in Sicilien hielt und in denen beleidigende Ausdrücke gegen Kaiser Napoleon enthalten waren, „auf Verlangen des Vaters“, wie es in dem betreffenden Actenstücke heißt, sequestrirt und gegen denselben ein Prozeß eingeleitet.

— Die in Calabrien eingekerkerten Kriegsgerichte sollen, laut der „Triefl. Ztg.“, sehr schwere Verurtheilungen ausgesprochen haben.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 2 1/2 Uhr Nachmittags.

Berlin, 11. Septbr. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses fand die Debatte über die Militairfrage auf der Tagesordnung. Sämmtliche Minister waren anwesend. Der Finanz-Minister v. d.

Gold- und Papiergeld.

[7099]

[716 0]

Königl. Kreisgericht zu Thorn.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann
in Danzig.